

Delegiertenversammlung 2017: Sicherheit der Schweizer Juden im Fokus

Donnerstag, 25. Mai 2017

An der diesjährigen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds SIG stand das Thema Sicherheit im Zentrum.



An der diesjährigen Delegiertenversammlung des SIG in Lausanne stand das Thema Sicherheit im Fokus. SIG-Präsident Herbert Winter betonte in seiner Rede am öffentlichen Vorabend der Versammlung denn auch: «Wir brauchen dringend mehr staatliche Hilfe. Wir benötigen verstärkten Polizeischutz und ganz allgemein mehr Unterstützung vom Staat, die es uns ermöglicht, die astronomischen Kosten unserer Sicherheitsmassnahmen zu reduzieren.» Mittlerweile habe man erste positive Signale empfangen, so Winter. Und zwar vom Bund, aber auch von Kantonen und Gemeinden. Dafür sei man sehr dankbar. In mehreren Kantonen und Gemeinden befassten sich die Parlamente inzwischen mit dem Thema Sicherheit für die jüdische Gemeinschaft.

In der Romandie gebe es gute Beziehungen zu Behörden und Polizei, so Winter. «Wir hoffen auf ein klares politisches Zeichen in den Parlamenten oder Kantonsregierungen, dass man unsere Sicherheit durch staatliche Massnahmen stärken und uns gleichzeitig von den Ausgaben für die Sicherheit entlasten will.»

In ihren Verhandlungen verabschiedeten die Delegierten unter anderem eine Resolution. Darin kritisierten sie UNESCO-Resolutionen und bekräftigten die «jahrtausendealte, unauflösbare Beziehung zwischen dem jüdischen Volk und Jerusalem, dem geistigen Herzstück des jüdischen Volkes» und wünschten, dass «Jerusalem eine Stadt des Friedens sein möge.»

[Video des Podiumsgesprächs](#)



[Zur Resolution](#)

[Zu den Fotos](#)